

SPD nimmt als starke Oppositionspartei Fahrt auf

Die Bundestagsfraktion setzt erste Akzente, der Parteitag ein Aufbruchssignal

Liebe Leserinnen und Leser,

die SPD ist als Opposition deutlich besser gestartet als die neue schwarz-gelbe Regierung.

Der **Parteitag in Dresden** hat ein echtes **Aufbruchssignal** gesetzt. **Sigmar Gabriel** hat mit seiner fulminanten Rede und einer ehrlichen Analyse nicht nur die Parteitagsdelegierten überzeugt.

Die **offene Aussprache** über die Gründe für die schwere Wahlniederlage der SPD wurde für eine konstruktive, nach vorne gerichtete Debatte genutzt. Und der beschlossene **Leitantrag** hat Defizite klar benannt und konkrete Aufgabenstellungen für die politische Diskussion in den nächsten Monaten festgelegt. Diese gilt es nun konsequent anzugehen und in **glaubwürdige neue Konzepte** umzusetzen. In diesen notwendigen und sicherlich nicht immer einfachen Prozess wird die gesamte Partei einbezogen.

Sigmar Gabriel hat in seiner Rede eine überzeugende Beschreibung der „Mitte“ in Deutschland geliefert. Diese darf man sich nicht als statisch vorstellen. Vielmehr muss die SPD als Volkspartei stets den Anspruch haben, die **Deutungshoheit über die Mitte unserer Gesellschaft** zu erlangen.

Die Chancen hierfür sind besser als das die letzten Wahlergebnisse nahe legen. Umfragen belegen, dass die **Werte und Ziele der SPD** von einer breiten **Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger** geteilt werden – vom **Mindestlohn** über **soziale Gerechtigkeit** bis hin zu einem modernen **Familienbild** und unserem Einsatz für eine **gute Bildung für alle**.

Dennoch sind die Herausforderungen für die Sozialdemokratie groß. Woran es derzeit insbesondere mangelt, ist das Zutrauen der Menschen, dass die SPD ihre Ziele auch tatsächlich umsetzen kann. Und beim diesmal wahlentscheidenden Thema der **Wirtschaftskompetenz** schneiden Union und FDP traditionell deutlich besser ab.

Eigentlich ist dies angesichts der widersprüchlichen und sachlich wenig überzeugenden schwarz-gelben Politik nur schwer nachvollziehbar. Schließlich sind die entscheidenden Konzepte zur Krisenbewältigung mit den sozialdemokratischen Namen **Frank-Walter Steinmeier (Konjunkturpakete)**, **Peer Steinbrück (Bankenrettung)** und **Olaf Scholz (Kurzarbeitergeldregelung)** verbunden. Nur durch die von ihnen durchgesetzten Programme steht Deutschland heute besser da als vergleichbare Industrienationen, insbesondere auch auf dem Arbeitsmarkt.

Die **SPD-Bundestagsfraktion** hat nun in ihrer

neuen Rolle als Opposition die ersten deutlichen Akzente gesetzt. Unser neuer Fraktionsvorsitzender und damit Oppositionsführer Frank-Walter Steinmeier hat bei der **Debatte um die Regierungserklärung** von Kanzlerin Angela Merkel die eindeutig bessere Figur gemacht und vor allem die stärkeren Argumente vorgetragen.

Die Regierungserklärung blieb so blass und nebulös wie der **schwarz-gelbe Koalitionsvertrag**, der zahlreiche Kommissionsaufträge und wenige konkrete Festlegungen enthält. Der ständige **Streit** zwischen den „Koalitionspartnern“ um die richtige Auslegung belegt dies fast täglich.

Immerhin wird allerdings bereits eine Grundrichtung erkennbar. Durch **Steuergeschenke auf Pump** wird der **Zusammenhalt in unserer Gesellschaft geschwächt**. Weil Gering- und Normalverdiener am Ende über die letztlich provozierten höheren Abgaben draufzahlen werden, während obere Einkommen profitieren. Und zwar zu Lasten der zukünftigen Generationen, deren Gestaltungsmöglichkeiten angesichts weiter wachsender **Staatsverschuldung** zunehmend schmelzen.

Das sogenannte „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ der Bundesregierung ist deshalb in Wahrheit ein **Zukunftsverhinderungsgesetz**. Denn es vergrößert das strukturelle Haushaltsdefizit nachhaltig und verhindert so, dass Länder und Kommunen ihren Aufgaben angemessen nachkommen können, etwa im Bereich der Bildungsfinanzierung. Und im Hinblick auf die beabsichtigte **Gesundheitsreform** treten Union und FDP das **Solidarprinzip** mit Füßen.

In unserer **Demokratie** hat auch die **Opposition** eine wichtige Aufgabe. Wir kontrollieren und kritisieren die Regierung.

Die SPD hat diese Rolle offensiv angenommen und wird **bessere Alternativen** herausarbeiten. Damit die schwarz-gelbe Regierungszeit möglichst kurz wird.

Herzlichst

Ihr



**Artikel aus der Berlin Depesche Nr. 56
(November 2009)**

